



Mittelständische Energiewirtschaft
Deutschland e.V.

Finanzausschuss des Deutschen
Bundestags
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: finanzausschuss@bundestag.de

Dr. Steffen Dagger
Geschäftsführer

Jägerstraße 6
10117 Berlin
Telefon (0 30) 20 45 12 53
Telefax (0 30) 20 45 12 55
info@energiemittelstand.de

Berlin, den 12. Oktober 2011

**Stellungnahme
zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
zur Optimierung der Geldwäscheprävention
(BT-Drs. 17/6804)**

Der MEW unterstützt die grundsätzlich mit dem Geldwäschegesetz verfolgten Ziele. Geldwäsche, aber auch Terrorismusfinanzierung sind ernst zunehmende Bedrohungen unserer Gesellschaft, die durch Gegenmaßnahmen bekämpft werden müssen. Allerdings dürfen solche Gegenmaßnahmen nicht zu einer massiven und unverhältnismäßigen Ausweitung von Belastungen für die mittelständische Wirtschaft führen, wie es beim vorgelegten Gesetzentwurf der Fall ist.

Der Entwurf belastet den Deutschen Tankstellenmittelstand durch zusätzliche Bürokratieauflagen. Er enthält neue Zusatzpflichten für Ausgabestellen von so genannten Prepaid-Kreditkarten, die Kunden auf Guthabenbasis nutzen können. Tankstellen sind u.a. Ausgabestellen dieser Karten.

Wir kritisieren, dass die umfangreichen und zeitintensiven Vorgaben des Gesetzentwurfes für die Betriebe zu Mehrkosten führen, die diese Einkommensquelle versiegen lassen dürften. So sieht die geplante Regelung vor, dass Ausgabestellen nicht nur den Kunden beim Erwerb einer Prepaid-Karte identifizieren, sondern auch persönliche Daten aus der Identifizierung

erheben und speichern müssen. Dies erfordert erhebliche Softwareanpassungen in den Kassensystemen. Zusätzlich sollen dem Staat verdächtige Fälle gemeldet werden. Betriebe mit mehr als 9 Mitarbeitern müssen sogar einen Geldwäschebeauftragten nebst Stellvertreter benennen. Das ist nach unserer Ansicht völlig unangemessen, lebensfremd und mittelstandsfeindlich. Gerade kleine und mittlere Betriebe können die Zusatzkosten nicht schultern. Wird das Gesetz in dieser Form umgesetzt, droht diesen Karten das Aus.

Die Prepaid-Karte durch bürokratische Hemmnisse vom Markt verschwinden zu lassen, würde vielen Menschen die Möglichkeit nehmen, im immer wichtigeren Wirtschafts- und Versorgungsbereich E-Commerce teilzuhaben. Ferner ist fraglich, ob die Prepaid-Karten überhaupt bei der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung relevant sind. Belastbares empirisches Material liegt uns dazu nicht vor.

Die mit der Erhebung und Speicherung der Daten verbundenen datenschutzrechtlichen Probleme werden vom Gesetzentwurf vollkommen ausgeblendet. Eine datenschutzrechtlich unbedenkliche Speicherung dürfte ebenfalls eine unangemessen hohe technische und finanzielle Belastung für die Betriebe darstellen.

Wir fordern deshalb,

- die Kartenausgabestellen von zusätzlichen gesetzlichen Verpflichtungen freizuhalten.
- zumindest aber Bagatellgrenzen einzuführen, unterhalb derer die neuen gesetzlichen Verpflichtungen nicht greifen.

Mit freundliche Grüßen

gez. Dr. Steffen Dagger

Der MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e.V. ist das gemeinsame Dach des unabhängigen Mineralöl- und Energiemittelstandes. Er vertritt die Interessen mittelständisch strukturierter Energieunternehmen gegenüber der Politik in der Bundeshauptstadt Berlin und in den Bundesländern. Die hinter der MEW stehenden Unternehmen sind eine tragende Säule für die Energieversorgung Deutschlands.

Die Mitglieder des MEW sind:

AFM+E - Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e. V

bft - Bundesverband Freier Tankstellen e. V.

FPE Förderkreis Preiswert-Energie e.V.

Unabhängiger Tanklagerverband (UTV) e.V.